

# Steuergerechtigkeit

## Wir brauchen eine gerechte, am Gemeinwohl ausgerichtete Steuerpolitik – jetzt!

- Wir brauchen eine gerechte, am Gemeinwohl ausgerichtete Steuerpolitik.
- Die Einnahmeseite der öffentlichen Hand muss gestärkt und die Lasten müssen gerecht verteilt werden.

1. Im Sozialstaat gilt das Prinzip „starke Schultern tragen mehr für das Allgemeinwohl als schwache“. Aber die 1 bis 3 % der Reichsten in diesem Land sind mit ihren Steuerbeiträgen nicht angemessen an den notwendigen Ausgaben der Gemeinschaft beteiligt. Hinzu kommt, dass Konzerne und Aktionäre auch in diesen Krisenzeiten explodierende Gewinne machen, während der größte Teil der Bevölkerung unter den Krisen (Corona, Inflation) leidet.

2. Die privaten Vermögen sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen und betragen inzwischen 13.000 Mrd. Euro. Diese Vermögen wuchsen auch wegen der langjährigen ungerechten Steuerpolitik so stark. Diese Vermögen sind in nur wenigen Händen konzentriert. 50 Prozent dieser Vermögen, also mehr als 6.000 Mrd. Euro, liegt in der Hand von nur 3 Prozent der Bevölkerung. 1 Prozent der Bevölkerung verfügt über 33 Prozent des gesamten privaten Vermögens.

3. Andererseits erfordern die vielen sozialen, ökologischen und infrastrukturellen Probleme massive Investitionsbeträge, die mit den derzeitigen Steuereinnahmen bei weitem nicht bewältigt werden können.

4. Der Investitionsstau allein in den Kommunen beträgt laut KfW-Kommunalpanel 2021 inzwischen insgesamt 149 Mrd. Euro. Dabei wird ein hoher Investitionsrückstand bei Schulen (46,5 Mrd. EUR) und Straßen (33,6 Mrd. EUR) sowie bei öffentlichen Verwaltungsgebäuden festgestellt (16,4 Mrd. EUR).

5. Auch für die Stadt Düsseldorf müssen wir feststellen, dass der Haushalt mit einem Umfang von ca. 3 Mrd. Euro bei weitem nicht ausreicht, die vielen sozialen, ökologischen und infrastrukturellen Probleme ernsthaft und gewissenhaft anzupacken. Bereits die letzten Haushaltsberatungen zum Haushalt 2022 und die derzeitigen Beratungen zum Haushalt 2023 belegen dies. Die Investitionen – im Einzelfall durchaus ambitioniert – sind insgesamt betrachtet unzureichend. Außerdem werden Defizite geplant, sodass die Ausgleichsrücklage in naher Zukunft aufgebraucht sein wird.

6. Deshalb ist es dringend erforderlich, die Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und insbesondere auch den Kommunen deutlich zu stärken, um die vielen Probleme anpacken zu können, um das Leben in den Städten und Kommunen lebenswerter zu machen und mit massiven Investitionen eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung auszulösen.

7. In der Konsequenz müssen die Steuerbeiträge der Reichen angemessen erhöht werden, um die elementaren sozialen, ökologischen und infrastrukturellen Probleme nachhaltig lösen zu können. Wir brauchen mindestens die Wiedereinführung der Vermögenssteuer für Multimillionäre und Milliardäre, eine Vermögensabgabe, sowie eine wirksame Reform der Erbschaftssteuer.

**Themenpapier 8**  
„Steuergerechtigkeit“.  
Vorgelegt zur Veranstaltung „Für eine lebenswerte Stadt“ am 1.12.2022 im Arthur-Hauck-Saal

**Autor\*in:**  
Uwe Foullong/ver.di u.a.





**Wir fordern den Rat der Stadt Düsseldorf deshalb auf**, Initiativen gegenüber dem Land NRW und der Bundesregierung zu ergreifen, mit dem Ziel, die Vermögensteuer wieder einzuführen, die Erbschaftssteuer mit der Abschaffung vieler Ausnahmen für Millionenerben wirksam zu reformieren und umwelt- und klimaschädliche Subventionen abzuschaffen.

**Wir fordern den Rat der Stadt Düsseldorf weiterhin auf**, das in seinem direkten Einflussbereich Machbare zur Stärkung der Einnahmeseite zu tun – das heißt, die größte Einnahmequelle, die Gewerbesteuer, zu erhöhen. Düsseldorf liegt mit seinem Gewerbesteuerhebesatz von 440 in unteren Drittel der NRW-Gemeinden. Viele umliegende und vergleichbare Kommunen wie z. B. Neuss (455), Köln (475), Essen (480), Dortmund (485), Wuppertal (490) oder Bochum (495) haben teils deutlich höhere Hebesätze. Mit einer Anhebung des Hebesatzes auf 455 bis 495 könnte die Stadt Düsseldorf Mehreinnahmen in der Bandbreite von ca. 33 Mio. Euro bis zu 121 Mio. Euro generieren – Beträge, die für die soziale und ökologische Entwicklung der Stadt und für ihre Bürger\*innen dringend notwendig sind.

## Resümee

**Wir fordern von den Verantwortlichen in der Politik, den Parteien, Stadträten, Parlamenten, Regierungen, Kooperationen, dass sie nicht nur über die vielen sozialen und ökologischen Probleme reden und dann im Handeln zu kurz greifen, weil das Geld fehlt. Wir fordern, dass die Beträge für die notwendigen Investitionen und Ausgaben durch eine gerechte Steuerpolitik generiert werden.**